



N i e d e r s c h r i f t
über die 129. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Inneres und Sport
am 4. November 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

- 1. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)
Mitberatung 5
- 2. Vereine und Mitglieder in der Pandemie unterstützen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9071](#)
Fortsetzung der Beratung 7
Beschluss 7
- 3. Keine weitere Beteiligung Niedersachsens an Frontex-Einsätzen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9518](#)
Fortsetzung der Beratung 9
Beschluss 9
- 4. Gesundheitsversorgung in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen verbessern!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9388](#)
Fortsetzung der Beratung 11
Beschluss 11
- 5. Schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu Polizeieinsätzen**
Beschluss 13

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Thomas Adasch (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Karsten Becker (SPD)
3. Abg. Petra Tiemann (i. V. d. Abg. Dunja Kreiser) (SPD)
4. Abg. Deniz Kurku (SPD)
5. Abg. Wiebke Osigus (i. V. d. Abg. Bernd Lynack) (SPD)
6. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
7. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
8. Abg. André Bock (CDU)
9. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
10. Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU)
11. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
12. Abg. Marie Kollenrott (i. V. d. Abg. Susanne Menge) (GRÜNE)
13. Abg. Dr. Marco Genthe (FDP) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

mit beratender Stimme:

14. Abg. Jens Ahrends (fraktionslos) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied).

Niederschrift:

Regierungsrätin March-Schubert, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.15 Uhr bis 10.41 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zur Änderung von § 64 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) erinnerte daran, dass der Ausschuss die kommunalen Spitzenverbände im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften ([Drs. 18/9075](#)) in seiner 121. Sitzung am 23. September 2021 gebeten hatte, zu dem Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen zu § 64 NKomVG in Vorlage 14 - Stichwort „Hybridsitzungen“ - kurzfristig Stellung zu nehmen. Die Vertreter der Spitzenverbände hätten deutlich gemacht, dass die Frist zur Anhörung aus ihrer Sicht nicht ausreiche. Letztlich hätten die Koalitionsfraktionen in der 122. Sitzung am 30. September 2021 die Nr. I ihres Änderungsvorschlags in Vorlage 14 zurückgezogen mit dem Hinweis, eine entsprechende Regelung im Rahmen der geplanten Novelle des Brandschutzgesetzes in die Kommunalverfassung aufnehmen und die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der entsprechenden Ausschussberatungen erneut - dann jedoch mit längerer Frist - um Stellungnahme bitten zu wollen.

Der Vorsitzende fragte, wie in diesem Zusammenhang weiter verfahren werden solle.

RR'in **Armbrecht** (LTV) ergänzte, die kommunalen Spitzenverbände hätten zwischenzeitlich darum gebeten, eine Frist von mindestens acht Wochen für eine Stellungnahme zu erhalten. Was das weitere Verfahren betreffe, müsse zunächst eine Drucksache vorliegen, zu der dann eine Stellungnahme angefragt werden könne. Insofern stelle sich die Frage, wann und in welcher Form die Gesetzesänderung auf den Weg gebracht werden solle und wie in diesem Zusammenhang eine Frist von acht Wochen zu realisieren sei.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) sagte, wie bereits angekündigt, solle die in Rede stehende Änderung des NKomVG an die Novelle des Brandschutzgesetzes angehängt werden. Sobald der Gesetzentwurf zum Brandschutzgesetz vorliege, würden die Koalitionsfraktionen einen entsprechenden Antrag stellen.

Im Übrigen sei man auch gern bereit, weiterzuhelfen, wenn seitens der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände noch Fragen hinsichtlich der

beabsichtigten Änderung bestünden. Anscheinend sei einigen Funktionären nicht ganz klar, was hier geplant sei, obwohl sie bereits mehr als einmal mit dem Thema konfrontiert worden seien. Dies stoße wiederum insbesondere bei vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern auf Unverständnis.

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) meinte, es stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die Forderung nach einer Frist von acht Wochen zu interpretieren sei bzw. ob diese Frist bereits begonnen habe oder ob sie erst mit dem Vorliegen des Gesetzentwurfs beginne. Im letzteren Fall ginge sehr viel Zeit verloren. Insofern wäre es aus seiner Sicht zielführend, einen Weg zu finden, die Anhörung so schnell wie möglich durchzuführen. Diesbezüglich werde er in jedem Fall auch mit dem MI in Kontakt treten.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) schlug vor, den kommunalen Spitzenverbänden die beabsichtigte Änderung schon einmal vorab in Textform zur Verfügung zu stellen. Ob die Änderung letztlich dann auch in dieser Fassung Eingang in den Gesetzentwurf finden werde, sei allerdings nicht sicher, da derzeit noch intern über Formalien diskutiert werde.

Abg. **Dr. Marco Genthe** (FDP) merkte an, dass seines Wissens das Thema Digitalisierung bzw. Hybridsitzung in den Kommunen vor Ort durchaus diskutiert werde und dass man an der Basis auf Erleichterungen in diesem Bereich hoffe. Vor diesem Hintergrund rate er dazu, hier zeitnah eine formgerechte Lösung zu finden. Letztlich könne, wenn zur Einholung der Stellungnahme eine Drucksache benötigt werde, zu diesem Zweck auch kurzfristig ein Entschließungsantrag auf den Weg gebracht werden, damit sich die kommunalen Spitzenverbände auf Basis dessen Gedanken zu dem Thema machen könnten.

Der Abgeordnete betonte, dass es überaus wichtig sei, an dieser Stelle eine rechtssichere Formulierung zu finden, insbesondere mit Blick auf die Wirksamkeit von Beschlüssen, die auf kommunaler Ebene bereits gefasst worden seien.

Terminangelegenheiten

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) erinnerte daran, dass die Landrätin des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, Peggy Greiser, den Ausschuss bei seinem Besuch des Wintersportzentrums

Oberhof zum Rennrodel-Weltcup nach Oberhof eingeladen habe. Damit könnten sich die Ausschussmitglieder ein Bild von der Sportanlage, die sie bereits im Zuge der Informationsreise vom 4. bis 10. Oktober 2021 besichtigt hätten, im Wettkampf-Betrieb machen. Die Austragung des Rennrodel-Weltcups finde am 15. und 16. Januar 2022 statt.

Ferner hätten die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen sowie er als Vorsitzender des Innenausschusses eine Einladung zur Übergabe des neuen Mietobjekts der ZPD Niedersachsen am Großen Kolonnenweg 18d erhalten, die am 25. November 2021 von 11 bis 12.30 Uhr stattfinden solle. Da es sich um einen Donnerstagsvormittag handele, an dem üblicherweise die Sitzungen des Innenausschusses terminiert seien, wäre es seines Erachtens überlegenswert, zu erörtern, ob nicht alle Ausschussmitglieder an der Feierlichkeit teilnehmen könnten und ob die für diesen Tag geplante Sitzung, sofern die Tagesordnung dies zulasse, gegebenenfalls ausfallen könne.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)

erste Beratung: 117. Plenarsitzung am 15.09.2021

federführend: AfHuF

mitberatend: AfRuV, AfluS, KultA, AfWAVuD, AfELuV, AfSGuG

zuletzt beraten: 121. Sitzung am 23.09.2021

Mitberatung

Beratungsgrundlagen:

Vorlage 1 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

Vorlage 2 Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu Artikel 9

Vorlage 3 Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1 bis 7 und den davon betroffenen Teilen des Artikels 11

Vorlage 4 Mitberatungsergebnis zu Artikel 9 im AfWAVuD sowie ergänzender Formulierungsvorschlag mit Anmerkung zu einem in der Mitberatung offen gebliebenen Punkt

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) trug die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes im Sinne der Vorlage 3 vor.

Zu Artikel 7 wies er darauf hin, dass die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Anhörung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu dem Gesetzentwurf ihren Unmut über die Kürzung und perspektivische Streichung des Landeszuschusses nach § 5 Nds. AG SGB II in Höhe von bisher 142,8 Millionen Euro geäußert hätten (Vorlage 1). Aus Sicht des GBD bestehe wohl kein Rechtsanspruch auf die Zahlungen, es handele sich vielmehr vermutlich um eine politische Entscheidung.

Der Vertreter des GBD gab sodann einen kurzen Überblick über den Stand des Verfahrens und

stellte dar, dass bislang lediglich der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt und abgeschlossen habe. Dieser habe sich intensiv mit Artikel 9 - Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes - auseinandergesetzt bzw. mit den vorgesehenen Regelungen zur finanziellen Förderung von regionalen Schüler- und Azubitickets, die die kommunalen Spitzenverbände im Übrigen sehr begrüßten. Der GBD habe dazu in den Vorlagen 2 und 4 relativ umfangreiche Änderungsvorschläge unterbreitet, die allerdings unstrittig seien und bei denen es sich im Wesentlichen um redaktionelle Änderungen handele. In Vorlage 4 habe der GBD zudem zu einer Frage, die im Wirtschaftsausschuss zunächst offengeblieben war, weil eine Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium noch ausstanden habe, einen abgestimmten Formulierungsvorschlag unterbreitet. Darüber solle nun im Haushaltsausschuss abschließend beraten werden.

Der **Ausschuss** schloss sodann die Mitberatung ab. Er empfahl dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen keine Änderungen.

Tagesordnungspunkt 2:

Vereine und Mitglieder in der Pandemie unterstützen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9071](#)

erste Beratung: 106. Plenarsitzung am 28.04.2021

federführend: AfluS

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten: 113. Sitzung am 20.05.2021

Beschluss

Der **Ausschuss** empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

Der Beschluss erging vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlage:

Vorlage 1 schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung

Abg. **Dr. Marco Genthe** (FDP) sagte, auch wenn sich - wie aus der schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung deutlich geworden sei - nicht alle Forderungen des Antrags umsetzen ließen, seien die darin geschilderten Problematiken doch nach wie vor aktuell. Viele Vereine hätten immer noch mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund würde er den Antrag aufrechterhalten wollen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) meinte, sicherlich gebe es im Zusammenhang mit Corona an vielen Stellen und in vielen Bereichen weiterhin Schwierigkeiten. Das werde im Rahmen der Aufarbeitung der Pandemie immer wieder deutlich. Nichtsdestotrotz könne die SPD-Fraktion dem vorliegenden Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Der Abgeordnete beantragte, noch in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Abg. **André Bock** (CDU) schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und ergänzte, dass für die Vereine an vielen Stellen auf kommunaler Ebene bereits einiges getan worden sei, auch in finanzieller Hinsicht, sodass es aus seiner Sicht nicht unbedingt vonnöten sei, hier noch einmal „den Hebel anzusetzen“. Insofern werde auch die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Tagesordnungspunkt 3:

Keine weitere Beteiligung Niedersachsens an Frontex-Einsätzen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
[Drs. 18/9518](#)

direkt überwiesen am 17.06.2021
AfluS

zuletzt beraten: 118. Sitzung am 15.07.2021

Beschluss

Der **Ausschuss** empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Fortsetzung der Beratung

Vorlage 1 schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung

Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE) erklärte, zwischenzeitlich habe sich in diesem Bereich schon einiges getan. Die EU habe reagiert und Gelder für Frontex eingefroren, da tatsächlich Menschenrechtsverletzungen festgestellt worden seien. Nr. 3 des Antrags, der beinhalte, die Landesregierung dazu aufzufordern, „sich für eine stärkere parlamentarische Kontrolle von Frontex in Form eines eigenen parlamentarischen Kontrollgremiums sowie für einen unabhängigen Kontrollmechanismus zum Grundrechtsschutz in Frontex-Missionen einzusetzen“, sei aus ihrer Sicht aber nach wie vor aktuell und wichtig. Das Land trage an dieser Stelle insofern eine Mitverantwortung, als auch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus Niedersachsen zu den Missionen entsendet würden. Vor diesem Hintergrund wolle sie den Antrag aufrechterhalten.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) sagte, aus der schriftlichen Unterrichtung gehe hervor, dass die Landesregierung ihre Möglichkeiten in dieser Bundesangelegenheit komplett ausgeschöpft habe. Sie habe bei diversen Anlässen - u. a. auf der Innenministerkonferenz - darauf hingewiesen, dass sie sich an dieser Stelle mehr Kontrolle und Aufklärung wünsche. Insofern habe sich der Antrag aus seiner Sicht inhaltlich erledigt, und die SPD-Fraktion werde ihn ablehnen.

Der Abgeordnete beantragte, noch in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Tagesordnungspunkt 4:

Gesundheitsversorgung in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen verbessern!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
[Drs. 18/9388](#)

*erste Beratung: 112. Plenarsitzung am
11.06.2021
AfluS*

zuletzt beraten: 115. Sitzung am 17.06.2021

Fortsetzung der Beratung

*Vorlage 1 schriftliche Unterrichtung durch die
Landesregierung*

Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE) sagte, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wolle den Antrag aufrechterhalten.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) betonte, aus seiner Sicht gehe aus der schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung deutlich hervor, dass die in dem Antrag aufgeführten Punkte bereits abgearbeitet worden seien. Insofern werde die SPD-Fraktion ihn ablehnen.

Der Abgeordnete beantragte, noch in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Abg. **Dr. Marco Genthe** (FDP) meinte, der Antrag weise seiner Meinung an vielen Stellen durchaus in die richtige Richtung. Allerdings enthalte er auch einige Punkte, die aus Sicht der FDP-Fraktion praktisch nicht umsetzbar seien. Vor diesem Hintergrund werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Tagesordnungspunkt 5:

Schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu Polizeieinsätzen

Beschluss

Der **Ausschuss** beschloss einstimmig, die mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 19. Oktober 2021 vorgelegte Unterrichtung gemäß § 95 a GO LT für vertraulich zu erklären.
